

Die Linke

Kreisverband
Saarbrücken



Sozial ist sicher

Wahlprogramm
zur Kommunalwahl 2024

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2024

Sozial ist Sicher

DIE LINKE im Regionalverband

Für eine starke LINKE

in Saarbrücken, Großrosseln, Völklingen,
Püttlingen, Riegelsberg, Heusweiler,
Quierschied, Friedrichsthal, Sulzbach
und Kleinblittersdorf.

Wahlprogramm

Sozial ist Sicher – DIE LINKE im Regionalverband	4
Wohnen im Regionalverband	6
Armut im Regionalverband	7
Kinder und Jugendliche im Regionalverband	8
Schulen im Regionalverband	9
Gesundheit im Regionalverband	10
Arbeitsplätze im Regionalverband	11
Wirtschaft im Regionalverband	12
Digitalisierung im Regionalverband	13
Kommunale Dienste im Regionalverband	14
Mobilität im Regionalverband	15
Seniorinnen und Senioren im Regionalverband	16
Barrierefreiheit im Regionalverband	17
Jung und Alt im öffentlichen Raum	18
Sauberkeit im Regionalverband	19
Klimaschutz im Regionalverband	20
Gleichstellung der Geschlechter	21
Kultur im Regionalverband	22
Tierschutz im Regionalverband	23
Sport im Regionalverband	24
Demokratische Mitbestimmung im Regionalverband	25
Sicherheit im Regionalverband	26
Finanzen des Regionalverbandes	27



**Ohne eine starke
LINKE in den
Kommunalparlamenten
wird sich wenig
ändern.**

Wir können zwar nicht alles umkrempeln, aber Druck aufbauen, damit Veränderungen möglich werden. In den kommunalen Parlamenten haben wir seit 2009 gezeigt und bewiesen, dass es uns immer wieder gelingt, unsere Ideen und Forderungen auch umzusetzen.

Wird Armut und Ausgrenzung konsequent bekämpft? Wird es also bald mehr bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum geben? Wird der ÖPNV ausgebaut? Wird mehr in unsere Schulen investiert? Wird es mehr Kinderbetreuungsplätze geben?



Soziale Gerechtigkeit ist für DIE LINKE ist unser Programm zum Handeln. Sie haben die Wahl: Am 9. Juni 2024 mit Ihren Stimmen für die Partei DIE LINKE.

DIE LINKE steht für eine Politik der Verbesserung der Lebenschancen in unserem Großraum. Der Regionalverband Saarbrücken muss durch Investitionen in die Zukunft nach vorne gebracht werden, durch sozialen Ausgleich, durch gute Städteplanung, durch aktive Tourismusförderung, durch bessere Bildung und durch mehr sozialen Klimaschutz. Dabei wollen wir

die enge Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, im Eurodistrict SaarMoselle, in den Blick nehmen.

Für viele Menschen im Regionalverband Saarbrücken ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gesichert. Die Reaktion der Verwaltungen auf die Krise in den Kommunen und im Regionalverband sind Schulterzucken und hilflose Appelle. DIE LINKE tritt ein für eine gute Zukunft der Menschen bei uns im Regionalverband Saarbrücken mit seinen Städten und Gemeinden.

Wohnen im Regionalverband:

Ein bezahlbares Menschenrecht für jede und jeden!

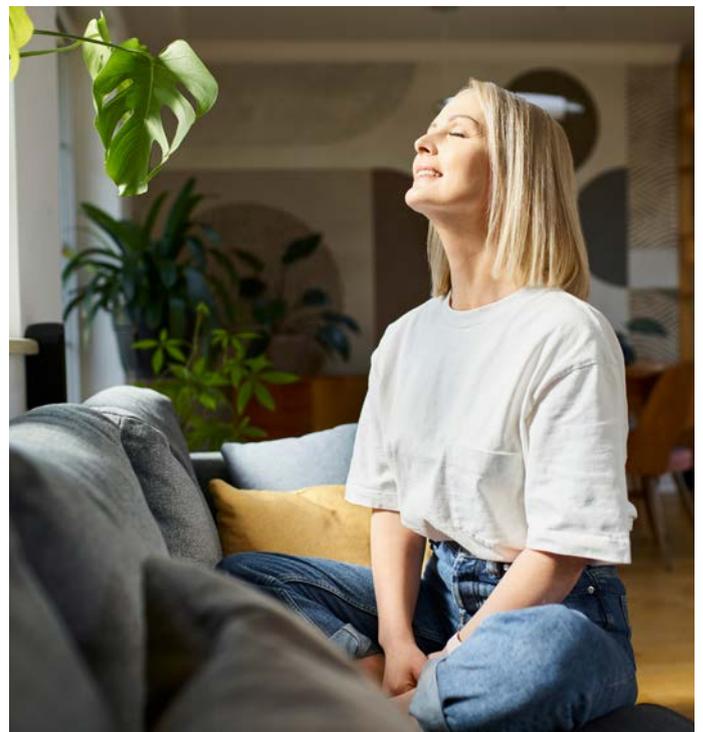
Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren zugespitzt.

In keinem anderen Bundesland gibt es anteilig weniger Sozialwohnungen als im Saarland. Besonders davon betroffen ist der Regionalverband.

Die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau sind nicht ausreichend.

Die Wohnungsnot darf nicht weiter hingenommen werden, denn besonders betroffen davon sind Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.

Die Anzahl der Wohnungslosen in Saarbrücken und Umgebung wird auf über eintausend Menschen geschätzt. Gleichzeitig stehen zahlreiche Gebäude leer. Diesen Zustand wollen wir ändern.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für einen Masterplan Wohnen mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer, auch barrierefreier Sozialwohnungen in Saarbrücken und in den Gemeinden des Regionalverbandes,
- für die unverzügliche und vollständige Weiterleitung von Bundesmitteln für sozialen Wohnungsbau an die Kommunen,
- für die Einrichtung von Wohnungen für Obdachlose und den Erhalt von Notschlaf- und Übernachtungseinrichtungen sowie von Tageseinrichtungen für Wohnungslose,
- für die Übernahme der vollen, tatsächlichen, angemessenen Mietkosten für Sozialleistungsbeziehende (Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundversicherung im Alter/Behinderung) durch den Regionalverband,
- für die Anpassung der Richtlinien der Kosten der Unterkunft am jeweiligen kommunalen Mietspiegel,
- für eine bessere Förderung von Bau- und Mietgenossenschaften, sowie eine Stärkung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Armut im Regionalverband:

Darf niemals akzeptiert werden!

DIE LINKE wird sich niemals mit Armut abfinden und alles dafür tun, um Armut zu beseitigen. Armut ist ein Angriff auf die Menschlichkeit, auf die Teilhabe an der Gesellschaft, auf Lebenschancen.

Auf kommunaler Ebene geht es darum, die vorhandenen Spielräume konsequent zu Gunsten der Armutsbetroffenen auszulegen und zu nutzen. Auf allen kommunalen Ebenen wird sich DIE LINKE für die Verbesserung der Lebenssituation von Armutsbetroffenen einsetzen, sei es beim Jobcenter, beim Sozialamt oder beim Jugendamt. Aber auch bei der Unterstützung von Wohnungslosen, beim Einsatz für billigen/kostenlosen Bus- und Bahnverkehr oder für das Men-

schenrecht auf Wohnen wird sich DIE LINKE mit Leidenschaft einsetzen. Im Übrigen ganz im Gegensatz zur politischen Konkurrenz, die Armutsbetroffene oft nur als Kostenfaktoren sieht und nicht als Menschen mit sozialen Rechten.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für einen umfassenden „Aktionsplan gegen Armut“,
- für die vollständige Übernahme der angemessenen Wohnkosten durch das Jobcenter/den Regionalverband,
- für ein Grundrecht auf Stromversorgung und die Unterbindung von Stromsperrern,
- für die maximal mögliche Verstärkung statt Kürzung von Arbeitsmarktinitiativen für Langzeitarbeitslose - wir brauchen einen dauerhaft geförderten sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher, armutfester Bezahlung,
- für ein flächendeckendes, wohnortnahes Angebot an Gemeinwesenprojekten und Sozialberatungsstellen, personell gut ausgestattet und dauerhaft abgesichert,
- für die am Bedarf orientierte Ausweitung der Sprechzeiten des Sozialamtes in den Gemeinden,
- für die konsequente Vereinfachung von Bürokratie beim Jobcenter, dem Sozialamt und dem Jugendamt. Der Bürokratismus bringt Armutsbetroffene, Familien und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zur Verzweiflung, kostet Zeit und Nerven und verzögert die Gewährung/Auszahlung von Leistungen,
- für eine am Bedarf orientierte Schulden- und Insolvenzberatung. Schuldnerinnen und Schuldner muss kurzfristig und professionell geholfen werden können,
- für einen Ermäßigungsausweis (SozialCard) für kommunale Einrichtungen und Leistungen für Sozialleistungsbeziehende (u. a. Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und bei Behinderung usw.), Wohngeldbeziehende und Beziehende von Kinderzuschlag,
- für freien Eintritt in öffentlichen Bädern für Sozialleistungsbeziehende

Kinder und Jugendliche im Regionalverband:

Angebote flächendeckend und gebührenfrei!

Im Zentrum unseres politischen Handelns stehen Kinder und Jugendliche, die durch Armut und Obdachlosigkeit gesellschaftliche Nachteile und Ausgrenzung erfahren.

Die Kinderarmut im Regionalverband Saarbrücken ist sehr besorgniserregend. Mittlerweile ist bei steigenden Zahlen schon mehr als jedes vierte Kind unter 15 Jahren auf Sozialleistungen angewiesen.

Deshalb brauchen wir eine qualifizierte und hochwertige Jugendhilfe, die über ausreichend Personal verfügt, um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für den konsequenten Ausbau einer kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur,
- für ein flächendeckendes Angebot an wohnortnahen Kinderbetreuungseinrichtungen mit hohem Qualitätsstandard,
- für die Sanierung und den Ausbau von Kinderspielflächen,
- für die Abschaffung der Elternbeiträge für Kindergärten und -krippen und die Lernmittelfreiheit für Bücher, aber auch für sonstiges Lehrmaterial,
- für den möglichst kostenfreien Zugang von Kindern- und Jugendlichen zu allen Kultur- und Sporteinrichtungen.

Unsere Kommunen müssen ein Ort sein, in dem sich Jugendliche frei entfalten können und das gerade auch in ihren Subkulturen und in ihren Freiräumen. Wir befürworten eine bunte und offene Jugendkultur im Regionalverband mit ausreichenden Angeboten zur Gestaltung von Freizeit.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für eine flächendeckende Versorgung mit Jugendtreffs im Regionalverband und eine langfristige Finanzierung von zentral gelegenen selbstverwalteten Jugendzentren,
- für die Einführung von Jugendbeiräten im Regionalverband und in den Kommunen, in denen es noch keinen Jugendbeirat gibt,
- für die Förderung von jugendlicher Subkultur und ihren Kunstformen

Schulen im Regionalverband:

Gute Bildung braucht gute Schulen!

In jeder Schule muss mehr Personal in der Schulsozialarbeit und im schulppsychologischen Dienst zur Unterstützung der Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für eine bessere Ausstattung unserer Schulen,
- für die Sanierung der Schulgebäude, ordentliche Toiletten, funktionierende Heizungen und Klimaanlage.



Gesundheit im Regionalverband:

Die Daseinsvorsorge wirksam und flächen-deckend stärken!

Vor dem Hintergrund des radikal kaputtgesparten Angebots in Saarbrücken gilt dem Klinikum auf dem Winterberg und den Kliniken der Saarland-Heilstätten GmbH (SHG) unser besonderes Augenmerk als tragende Säulen der Gesundheitsfürsorge vor Ort. Der immer stärkeren Arbeitsverdichtung zu Lasten des Personals muss ein Ende gemacht werden. Wir brauchen dringend zusätzliches, qualifiziertes und tariflich bezahltes Personal. Dies ist die einzige Möglichkeit, das Wohlergehen und die Sicherheit sowohl des Pflegepersonals als auch der Patienten zu gewährleisten.

Aktuelle Klinikschließungen wie in Dudweiler oder Saarbrücken-Mitte (EVK) bedrohen die notwendige Gesundheitsversorgung. Anstatt Kliniken zu schließen, müssen mehr Investitionen getätigt werden. Gesundheit ist keine Ware, die unter Renditebedingungen zu funktionieren hat. Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- dass die Infrastruktur der Rettungsdienste in die Lage versetzt werden, die längeren Anfahrten durch die geringere Klinikdichte zu bewältigen, ohne dass es zu Engpässen kommt,
- für ausreichend dezentrale Notfallambulanzen,
- für einen Ausbau der Suchtprävention und -therapieangeboten,
- für mehr Sozialarbeiter und Schulpsychologen, sowie ein größeres Therapieangebot in KiTas und Kindergärten.

Die beste Medizin ist die, die man nicht benötigt. Um lange gesund bleiben zu können, müssen die Angebote von städtischen Schwimmbädern und Sportvereinen auch für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein.

Die sozial-medizinischen Angebote müssen verbessert werden. Dazu gehört in jedem Fall die zeitliche und fachliche Ausweitung der Praxis für medizinische Grundversorgung in Saarbrücken (insbesondere für Menschen ohne Krankenversicherung) sowie eine weitere Ambulanz in Völklingen. Das Gesundheitsamt des Regionalverbandes muss Menschen auf dem Weg zurück in den Krankenversicherungsschutz aktiv unterstützen.

Arbeitsplätze im Regionalverband:

Jeder Mensch hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit.

DIE LINKE fordert vehement einen öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt mit regulären, tariflich entlohten Arbeitsverhältnissen. Anders ist das „Recht auf Arbeit“ insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen kaum umsetzbar.

Das aktuelle Bürgergeld (vormals Hartz IV) und andere staatliche Sozialleistungen sind zu niedrig bemessen und liegen teilweise sehr deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze. Um Armut zu beseitigen und soziale Teilhabe zu gewährleisten, fordert DIE LINKE eine Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro, eine armutsfeste Kindergrundsicherung sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von zurzeit 15 Euro, der den Lebensunterhalt sichert.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für reguläre Beschäftigung anstatt Ein-Euro-Jobs bzw. Beschäftigung mit Niedriglohniveau,
- für echte, qualitativ hochwertige Bildung im Zusammenhang mit Maßnahmen des Jobcenters,
- für die Senkung der Fallzahlen pro Fallmanager, die individuelle Beratung und Unterstützung ermöglicht,
- für eine bessere Ausbildung der Beschäftigten im Jobcenter,
- für den Erhalt aller Jobcenter-Standorte in Saarbrücken-Mitte, Burbach, Völklingen, Sulzbach und Heusweiler und die Wiederherstellung der Standorte in Dudweiler und im Halberg,
- für das Recht auf Ablehnung des „Plans zur Eingliederung - Kooperationsplan“ (vormals Eingliederungsvereinbarung), wenn die Anforderungen der Bürgergeldbeziehenden nicht berücksichtigt werden,
- für das definitive Ende von Leistungskürzungen. Wer unter dem Existenzminimum lebt, dessen Geldleistung darf nicht noch weiter abgesenkt werden.

Wirtschaft im Regionalverband:

Standortattraktivität steigern und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken!

Der Regionalverband Saarbrücken mit seinen fünf Städten und fünf Gemeinden ist das saarländische Wirtschafts- und Arbeitsmarktzentrum. Fünfzig Prozent aller Güter und Dienstleistungen des Saarlandes werden hier produziert. Es gilt, die Wirtschaftsregionen gemeinsam mit allen Akteuren weiter zu entwickeln. Vieles scheitert aber oft an der hohen Verschuldung der Städte und Gemeinden.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für eine intakte moderne Infrastruktur zum Erhalt und der Ansiedlung neuer Handwerks-, Dienstleistungs- und Industriebetriebe,
- für eine konsequente Flächennutzung zuallererst bei brachliegenden Gewerbeflächen zur Ansiedlung neuer Unternehmen,
- für die Ausstattung der Kommunen mit den notwendigen Mitteln, um die Voraussetzung für einen verlässlichen Zuwachs an Wirtschaftskraft zu erreichen (z.B. Kindergarten- und Kitaplätze, Kultur- und Sportangebote),
- für eine Stärkung der Personalsituation bei der Wirtschaftsregion Saar, um insbesondere bei der Antragsstellung und Umsetzung von Förderprogrammen von Land, Bund und EU aktiv werden zu können. Davon kann der Regionalverband und sollen insbesondere die Städte und Kommunen profitieren,
- für eine ausreichende Förderung des Mittelstandes als einem der größten Arbeitgeber in der Region,

- für mehr Mittel im kommunalen Haushalt für Investition, Wartung, Erneuerung. Sie sind ein Wirtschaftsfaktor für den regionalen und überregionalen Wirtschaftskreislauf,
- für öffentliche Unterstützung der Saarbrücker Sparkasse, um weitere Filialschließungen zu verhindern.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in kleineren Orten und Stadtteilen die Möglichkeit des Einkaufs von Waren des täglichen Bedarfs erhalten bzw. wieder geschaffen wird.

Unsere Agrarwirtschaft muss nachhaltiger werden. Gesunde Nahrungsmittel für alle ist unser Ziel. Wir wollen eine ökologisch verträgliche Lebensweise für alle Menschen ermöglichen und bezahlbar machen.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für eine Förderung von Märkten für land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse. Dafür soll eine Plattform für regionale (Bio-) Produkte eingerichtet werden.
- für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe im Bereich Landwirtschaft und Ernährung, (Wochenmarkt statt Weltmarkt): wir möchten ein Förderprogramm auflegen, welches Mensen und Kantinen anregt, ihre Angebote an regionalen und saisonalen Produkten auszurichten

Digitalisierung im Regionalverband:

Internet ist mehr als Nullen und Einsen!

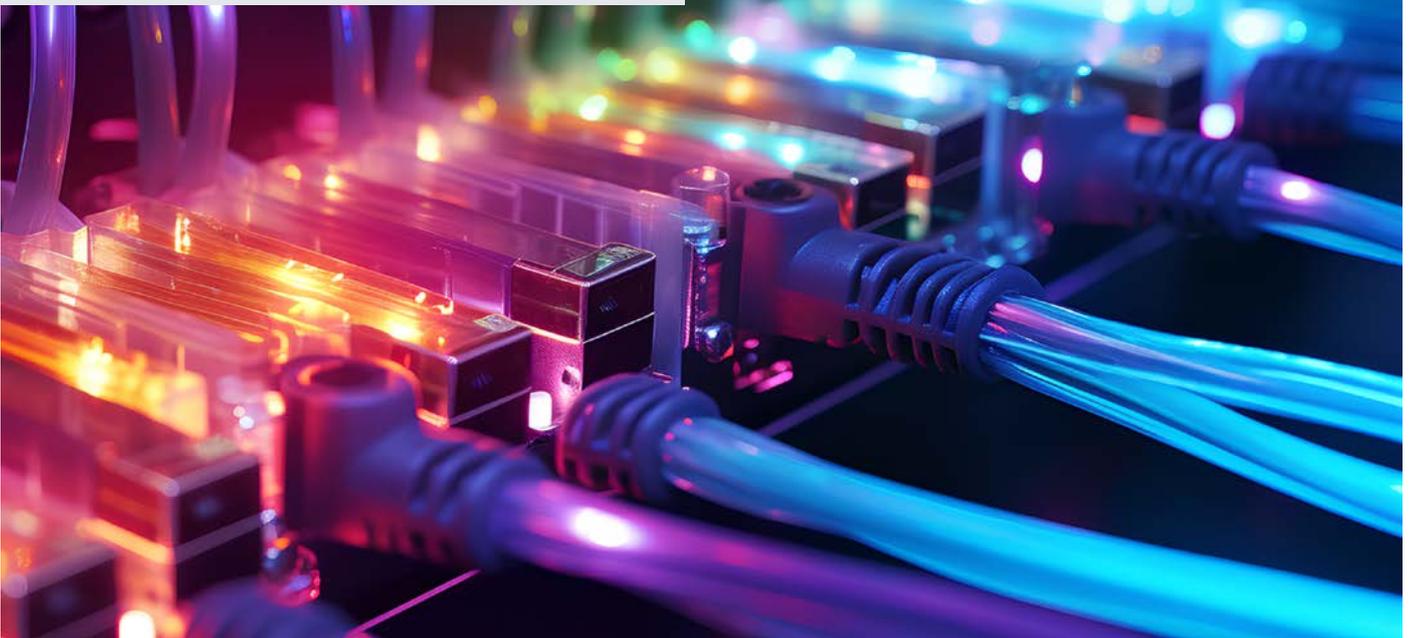
Eine schnelle Internetanbindung ist ein wichtiges Argument zur Standortentscheidung für Unternehmen und bei der Wohnortwahl. Die Kommunen müssen mit den notwendigen finanziellen Mitteln für die Einrichtung der digitalen Medien z. B. im Bildungsbereich ausgestattet werden. Der Schutz der persönlichen Daten in allen Lebensbereichen muss jederzeit gewährleistet sein.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet für alle und der Förderung des Ausbaus von schnellen Datenleitungen,
- für die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen,
- für die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Digitalisierung und beim Datenschutz.

Wir begrüßen eine Förderung der Internetanbindungen von Kommunen, damit kostenlos verfügbare lokale drahtlose Internetverbindungen mit hoher Kapazität geschaffen werden können (wie z. B. öffentliche Verwaltungen, Bibliotheken, Gesundheitszentren, Bahnhöfe, öffentliche Orte im Freien). Damit soll ein wichtiger Beitrag zur Nutzung von Breitbanddiensten und zum Ausbau der öffentlichen Infrastrukturen geleistet werden.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in den Kommunen auch analog – per Telefon, persönlichem Gespräch und Antragsformularen auf Papier angeboten werden. So ist sichergestellt, dass niemand ausgegrenzt wird. Öffentliche Mitteilungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.



Kommunale Dienste im Regionalverband:

Kein Selbstzweck, sondern im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger!

Viele ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder ganz einfach Menschen ohne Auto sind zunehmend nicht mehr in der Lage, ihre Einkäufe zu erledigen oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Schuld daran sind der Wegfall von Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, die Schließung der Arztpraxis oder der Poststelle. In dieser Situation muss die Versorgung mit kommunalen Angeboten weiterhin sichergestellt werden.

Notwendig ist die Schaffung der Stelle eines Soziallotsen. Für die Menschen in unserem Regionalverband ist es zu unübersichtlich geworden, die richtigen Anlaufstellen für unterstützende kommunale Angebote zu finden. Hier soll eine Anlaufstelle geschaffen werden, die die Bürgerinnen und Bürger persönlich beraten und informieren.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für einen kommunalen Bringdienst, der Lebensmittel, Medikamente und Waren des täglichen Bedarfs zu Menschen bringt, die weniger oder nicht mobil sind,
- für einen ausgebauten kommunalen Begleitedienst, der Menschen zu Ärzten, zur Massage und zu Einrichtungen bringt und wieder abholt.



Mobilität im Regionalverband:

Bus und Bahn für alle, immer und überall!

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist eine entscheidende Größe im Stadtleben. Busse und Bahnen sichern eine kostengünstige und umweltverträgliche Mobilität, auch für diejenigen Menschen, die sich kein Auto leisten können oder wollen. Grundsätzlich muss jeder Ort im Regionalverband auch abends und an den Wochenenden mit dem ÖPNV erreichbar sein. Die faktische Dreiteilung des Busbetriebs (SaarBahn, Völklinger Verkehrsbetriebe und dem kleinen Zweckverband ÖPNV) behindert die ganzheitliche Abdeckung des Regionalverband mit öffentlichem Nahverkehr und einen vernünftigen Takt erkennbar.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für den weiteren Ausbau der Saarbahn, von der Uni (Dudweiler) bis nach Forbach und vom Römerkastell über Gersweiler nach Großrosseln (optional nach Frankreich) und der Reaktivierung der Bisttalbahn von Völklingen nach Überherrn,
 - für das Offenhalten der Option für die Saarbahnstrecke zwischen Etzenhofen und dem Püttlinger Markt (ehem. Köllertalbahn),
 - für eine echte Schnell-Bahn-Verbindung zwischen Scheidt, Saarbrücken und Völklingen,
 - für weitere Haltepunkte an bestehenden Bahnstrecken (in Kooperation von Bahn und Kommune), etwa in Rockershausen, dem Füllengarten, dem Rotenbühl und im Bereich Wiesenstr./Saarterrassen (Burbach/Malstatt),
 - für den Ausbau von Busverbindungen, Rufbussen und Sammeltaxis, insbesondere auch in den ländlichen Orten und Ortsteilen des Regionalverbands,
 - für den Ausbau des grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverkehrs,
- für ein flächendeckendes und sicheres Fahrradwegenetz (z. B. eine verbesserte Radwegenanbindung ans Schanzenberg-Viertel oder den Bau eines Radweges im Saarbrücker Deutschmühlental)
 - für den Aufbau von Fahrradverleihstationen in den Stadtteilen und Gemeinden,
 - für den Schutz der Bevölkerung vor Lärm, Abgasen und Unfällen auch durch Verkehrsverlagerungen und Durchfahrverbote,
 - für den Bau von effektiven Schallschutzmaßnahmen im Bereich der Stadtautobahn (A 620) und die Ausweitung des Tempolimits von 60 km/h im Saarbrücker Innenstadtbereich. Allein dies verringert die Lärmbelastung um 40 Prozent,
 - für freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr für aktive Ehrenamtliche im Rettungsdienst (z. B. Freiwillige der Feuerwehr, DRK und Technisches Hilfswerk).

Grundsätzlich muss der Fahrradverkehr effektiver gefördert werden. Ein durchgehendes Radwegenetz ist so zu planen und zu pflegen, dass es ohne Unterbrechungen benutzbar ist und nicht zum Sicherheitsrisiko für die Nutzerinnen und Nutzer wird. In allen Städten und Gemeinden des Regionalverbandes muss ein öffentlicher Fahrradverleih aufgebaut werden.

Für Fußgängerinnen und Fußgänger müssen die Fußwege immer ohne Einschränkungen nutzbar sein. Fußwege sind weder Parkplätze für Autos oder LKW, noch Abstellflächen für Fahrräder oder E-Roller. Notwendig sind außerdem der Erhalt und Instandsetzung von Fußwegen sowie der verstärkte Ausbau von geeigneten Querungshilfen und beleuchteten Zebrastreifen.

Seniorinnen und Senioren im Regionalverband:

Für ein gutes Leben auch im Alter!

Mit der gestiegenen Lebenserwartung ist es immer mehr Menschen möglich, bei guter Gesundheit ihr Leben auch im hohen Alter aktiv zu gestalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, bessere Bedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch im Alter ermöglichen. Denn Lebensqualität im Alter hängt vor allem von den Umständen am Wohnort ab. Deshalb kommt den Kommunen im Regionalverband in der Politik für ältere Menschen eine große Bedeutung zu.

Auch im Regionalverband Saarbrücken wächst die Altersarmut. Immer mehr Menschen beziehen Grundsicherung im Alter. Sie können sich gesunde Lebensmittel nicht mehr leisten. Die Mieten fressen immer mehr Einkommensanteile. Zugleich nimmt die Altersdiskriminierung zu und immer mehr Seniorinnen und Senioren vereinsamen. Dem wollen wir entgegenwirken.

Wir stehen für eine gute und bezahlbare Pflege. Diese darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Die Regelsätze für Pflegekosten müssen sich den wirklichen Kosten anpassen. Ein gutes Leben für Alle muss öffentlich finanziert werden. Die Haushaltspolitik von Bund, Land und den Kommunen muss umsteuern.

Für viele ältere Menschen im Regionalverband ist die Erreichbarkeit von Arztpraxen, Apotheken, Banken, der Post oder zu Geschäften zur Deckung des täglichen Lebensbedarfs zum Problem geworden. Doch diese grundlegenden Bedürfnisse müssen durch einen adäquaten Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sichergestellt werden. Dafür werden wir eintreten.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für Seniorentreffpunkte und altersgerechte Beratungs- und Bildungsangebote in jeder Kommune,
- dafür, dass in jeder Kommune ein Seniorenbeirat gegründet und es in der Verwaltung eine hauptamtliche Seniorenbeauftragte geben wird (Seniorenbüros),
- für mehr öffentliche und kostenlose Toiletten,
- für mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum,
- für einen barrierefreien Zugang zu Ämtern, zu allen öffentlichen Sitzungen der Räte und allen Bürgerinformationsveranstaltungen,
- für eine Förderung seniorengerechter, barrierefreier und generationsübergreifender Wohnformen mit guter Infrastruktur und kurzen, sicheren Wegen,
- für die Stärkung der Angebote digitaler Schulungen für Seniorinnen und Senioren in den Kommunen,
- für Mobilität und soziale Teilhabe ein landesweites Seniorinnen- und Seniorenticket von monatlich unter 30 Euro für den ÖPNV,
- für einen kommunalen Bringdienst, der Lebensmittel, Medikamente und Waren des täglichen Bedarfs zu Menschen bringt, die weniger oder nicht mobil sind,
- für einen ausgebauten kommunalen Begleitedienst, der Menschen zu Ärzten, zur Massage und zu Einrichtungen bringt und wieder abholt.

Barrierefreiheit im Regionalverband:

Ein Grundrecht und keine lästige Nebenbeschäftigung!

Menschen mit Behinderungen sind keine Mehrheit in der Bevölkerung. Sie brauchen aber den besonderen Schutz durch unsere Gesellschaft. Grundlage des Handelns der LINKEN ist die UN- Behindertenkonvention, die aussagt, dass niemand aufgrund seiner Behinderung beeinträchtigt werden darf.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- für den Abbau und Vermeidung von Barrieren im öffentlichen Raum,
- für mehr optische, akustische und zu ertastende Leit- und Informationssysteme,

- für den vollständigen Abbau von Barrieren im öffentlichen Personenverkehr,
- für barrierefreien Zugang zu Behörden und Ämtern,
- für mehr barrierefreie und kostenlose öffentliche Toiletten,
- für mehr Mitsprache der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten in den Parlamenten und der Möglichkeit eines Vetorechts,
- für barrierefreie Kultur- und Bildungsangebote sowie Internetauftritte,
- für die kostenfreie Mitnahme von Begleitpersonen für Menschen mit Behindertenausweis in Schwimmbädern,
- für ein saarländisches Wohnraumförderprogramm, insbesondere mit verbesserten Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren und des barrierefreien Umbaus in bestehenden Mietwohnungen sowie zur Unterstützung eines klimafreundlichen Aus- bzw. Umbaus von Wohnraum im Bestand,
- dass öffentliche Bauvorhaben und Sanierungsprojekte der UN-Behindertenkonvention entsprechen, Geldmangel darf diese Maßnahmen nicht verhindern.

Jung und Alt im öffentlichen Raum:

Grünanlagen, Parks und Plätze statt endlose Parkplatzwüsten!

Öffentliche Räume tragen zum Zusammenleben und zur Lebensqualität bei. In dicht besiedelten Gebieten bieten sie Möglichkeiten zur Entspannung, grüne Oasen inmitten von Städten und Gemeinden dienen der Erholung. Ein Spaziergang mit oder ohne Hund bzw. ein Fahrradausflug oder ein Picknick gehört zum Lebensalltag vieler Menschen im Regionalverband. Parks und Grünanlagen müssen nur auch entsprechend gepflegt und gesäubert werden.

Wir verstehen den öffentlichen Raum als Gebiet, der allen Einwohnerinnen und Einwohnern gehört. Dementsprechend sollten sie auch an Planungen, an der Ausgestaltung und Belebung mitwirken dürfen. Dabei sollten auch verschiedene soziale Gruppen mit ihren unterschiedlichen Ideen und Bedürfnissen mit einbezogen werden.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum auch hinsichtlich des demografischen Wandels,
- für den Ausbau von kommunalen WLAN-Netzen,
- für kommunale Treffpunkte für Jugendliche, die zusammen mit ihnen geplant und umgesetzt werden,
- für öffentlich zugängliche Fitness-Geräte (Callenetics-Parcours),
- für die vollständige Wiederherstellung aller Attraktionen im Deutsch-Französischen Garten.



Sauberkeit im Regionalverband:

Vermüllung durch mehr öffentliche Reinigungsdienste vermeiden!

Dreck und Vermüllung in den Straßen, Plätzen und Anlagen gehören zu den meistgenannten Ärgernissen und Missständen. Die Arbeit der Reinigungsdienste hinkt meilenweit den Erfordernissen hinterher.

Um den Bedürfnissen nach mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum gerecht zu werden brauchen wir:

- eine deutliche Verkürzung der Reinigungsintervalle in allen Städten und Gemeinden des Regionalverbandes sowie Aufstockungen beim Personal,
- mehr öffentliche Müllbehälter im öffentlichen Verkehrsraum, sowie mehr Mülleimer mit Hundekotbeuteln,
- eine konsequente Verfolgung von Müllsündern.



Klimaschutz im Regionalverband:

Investitionen in eine lebenswerte Region!

Um unsere Region auch für zukünftige Generationen lebenswert zu erhalten, müssen wir auf die weltweite Klimakrise reagieren und auch vor Ort Verantwortung übernehmen.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für den Ausbau von Fotovoltaik und Solarthermie, verbunden mit den notwendigen Investitionen in den Netzausbau und die Speichertechnologien,
- für klimafreundliches und sozialverträgliches Bauen und Sanieren (Material, Dämmung, Begrünung),
- für den Einbau klimafreundlicher Heizsysteme, Verzicht auf Materialien, die mit hohem Energieaufwand erzeugt wurden,
- für die verstärkte Begrünung der Städte und Kommunen mit Bäumen und Sträuchern, den bewussten Schutz von Kaltluftzonen vor Bebauung, der Einhaltung von Abstandsflächen in den Innenstädten, um Hitzestaus zu verhindern,
- für die weitere Anpassung von Abwassersystemen an vermehrte Starkregen, eine konsequente Gewässerpflege,
- für die Anpassung der Rettungs- und Katastrophenschutzeinrichtungen an die gestiegenen Anforderungen,
- für einen Hitzefallplan, die verstärkte Bewässerung von öffentlichem Grün und für mehr Schattenplätze,
- für die Errichtung von öffentlich zugänglichen Trinkwasserbrunnen und funktionierende Springbrunnen.



Gleichstellung der Geschlechter:

Frauen fördern, nicht nur am Frauentag!

DIE LINKE fordert die Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen, vor allem bei Positionen für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Nur dort, wo die Frauenquote festgeschrieben ist, wird sie auch umgesetzt.

In Bereichen, wo vor allem Frauen arbeiten, findet man schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne vor. Wer aber wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeiten mit Menschen ausübt, der hat eine bessere Behandlung verdient. Außerdem lehnen wir jede Art psychischer und physischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen ab.

Wir beteiligen uns an gemeinsamen Aktionen über das Frauenforum Saarbrücken und engagieren uns an internationalen Aktionstagen („One Billion Rising“ am 14. Februar, „Internationalen Frauentag“ am 8. März und „Gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November) aktiv in der Frauenbewegung.



Konkret werden wir uns einsetzen:

- dass die Frauenbeauftragten von den Mitarbeiterinnen gewählt werden,
- für die paritätische Besetzung von Spitzenpositionen in den Verwaltungen,
- für die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen an kommunalpolitischer Gremienarbeit,
- für eine Politik, die Frauen nicht alleine die Pflege und Erziehungsarbeit zuweist,
- dafür, dass Frauen uneingeschränkt am öffentlichen Leben und in der Gesellschaft teilhaben können, auch wenn sie Kindern betreuen,
- für eine sichere und langfristige Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind,
- für eine Bannmeile für Proteste um Beratungsstellen zu Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen. Wir unterstützen sowohl Informations- und Aufklärungskampagnen als auch Proteste gegen Abtreibungsgegner.

Durch die Grenznähe zu Frankreich, wo Prostitution verboten ist, ist dieses „älteste Gewerbe“ bei uns weit verbreitet. Verbote führen nur zu einer Verdrängung und gefährden die Betroffenen, meist Frauen. Die Kommunen sind gefragt, für mehr Sicherheit und Hygiene zu sorgen und die Zuhälterei durch entsprechende Angebote für die Sex-Arbeiterinnen zu unterbinden. Ebenso muss die kommerzielle Werbung für Bordelle verboten werden. Sexuelle Ausbeutung lehnen wir ab. Ebenso müssen Beratungsangebote zum Ausstieg weiter ausgebaut werden.

Kultur im Regionalverband:

Kein Luxus, sondern Aufgabe!

In der Vergangenheit konnten die unterschiedlichsten Fraktionen der LINKEN einige Erfolge vorweisen. So wurde bspw. das Saarbrücker Filmhaus als kommunales Kino erhalten. Die Beteiligung privater Initiativen führte letztlich zu einer breiteren Angebotspalette an Filmen. Die Volkshochschulen haben nach Meinung der LINKEN eine sehr wichtige Funktion für die Bildung weiter Bevölkerungsteile.

Gerade dem Ausbau des Sprachunterrichtes kommt bei der Integration von Flüchtlingen eine große Bedeutung zu. Auch die kostenlosen Kulturangebote des Regionalverbandes erfreuen sich ungebrochener Beliebtheit.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für Beibehaltung des Angebots der Volkshochschule (vhs) in bisherigem Umfang mit der Option des bedarfsorientierten Ausbaus,
- für die Sicherung der Standorte der vhs auch in den Umlandgemeinden, Schaffung weiterer Standorte bei entsprechendem Bedarf und für die Sicherung des vhs-Zentrums am Schloss für die Zwecke der Volkshochschule,
- für den Bestand und Ausbau der kulturellen Veranstaltungen in allen Kommunen,
- für die Sicherung unserer Museenlandschaft und der Pflege der Denkmäler im Großraum Saarbrücken,
- für kommunale Bereitstellung von kostenlosen Kulturräumen, z. B. Bandproberäume, Künstlerateliers, Ausstellungsmöglichkeiten freier Künstler usw.

Das älteste Gewerkschaftshaus in Deutschland, der Bildstocker Rechtsschutzsaal, muss weiter zukunftsfähig gemacht und gesichert werden. Es ist eine größere finanzielle Unterstützung durch das Land erforderlich. Benötigt wird ein Aufzug, damit der oberer Veranstaltungsraum barrierefrei zu erreichen ist. Intensiviert werden muss die Suche nach einer Pächterin/einem Pächter, der den Rechtsschutzsaal dauerhaft als Lokal betreiben will.

Das Salzbrunnenhaus in Sulzbach muss dauerhaft unterstützt werden. DIE LINKE fordert eine Erinnerungskultur des Bergbaus, der hunderttausenden Menschen Arbeit und Einkommen gebracht hat.

Industriekulturell fordert DIE LINKE die Einrichtung einer Museenbahn zwischen dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte, dem industriegeschichtlichen Premiumstandort Velsen und dem nationalen Kohlemuseum LA MINE in Petite-Rosselle. Diese länderübergreifende Achse hat nach Auffassung der LINKEN das Potential zur bedeutendsten industriegeschichtlichen Region in Mitteleuropa zu werden. DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Sicherung und den Ausbau der kulturellen Beziehungen im Grenzraum ein.

Kultur und Geschichte sind untrennbar. Nach einigen positiven Initiativen durch kommunale Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN bedarf es jedoch weiterer Straßenbenennungen nach Widerstandskämpfern, Deserteuren und Opfern des Nationalsozialismus. Es ist ein Skandal, dass in der Landeshauptstadt immer noch eine Straße nach dem 13. Januar benannt ist. Des Weiteren müssen Denkmäler mit NS-Bezug kritisch eingeordnet und ggf. entfernt werden. Erinnerungsorte und Gedenkstätten müssen weiter und verstärkt gefördert werden, ebenso Veranstaltungen über die NS-Zeit und Aufklärung über den Rechtsextremismus heute, sowie die politische Bildung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Tierschutz im Regionalverband:

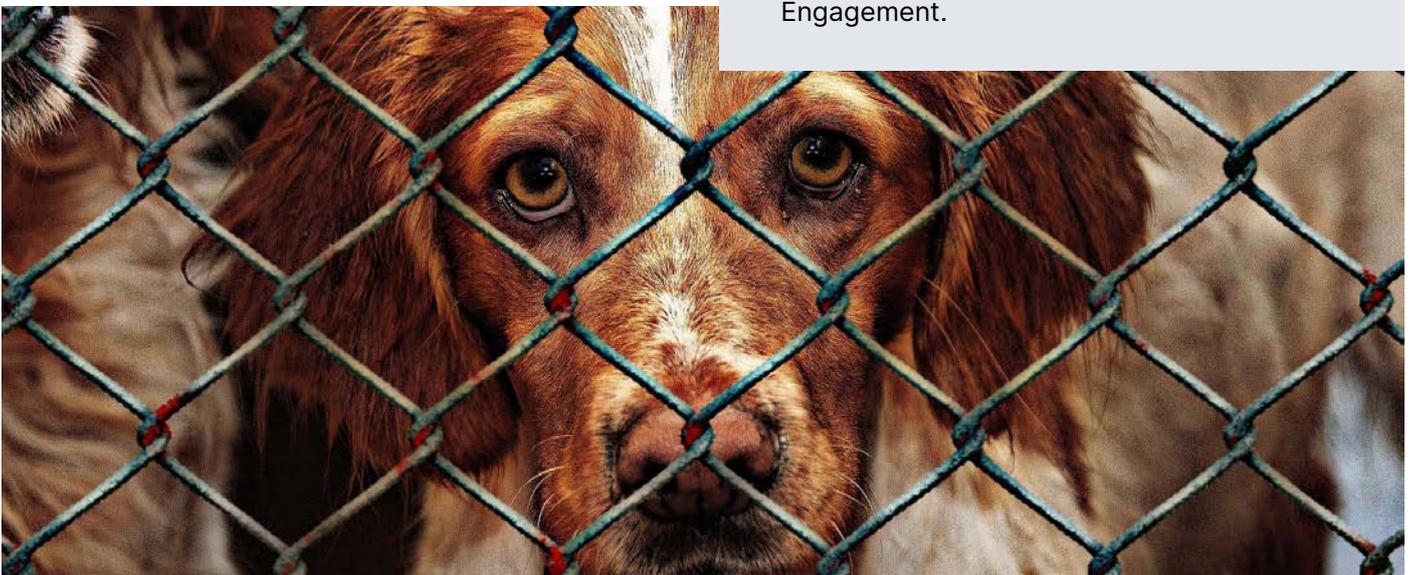
Haustiere sind wichtige Begleitung für viele Menschen.

Jedes Lebewesen ist als ein Individuum zu achten und zu betrachten. Viele Menschen im Saarland wohnen mit Tieren zusammen, die tierischen Mitbewohner sind beliebt. Ein Leben ohne sie ist für viele Bürgerinnen und Bürger undenkbar. Haustiere schenken vielen Menschen Sicherheit, Trost und Zuneigung und schützen sie in einer immer älter werdenden Gesellschaft vor dem Alleinsein. Denn wer mit Tieren zusammenlebt, versteht sie auch als Familienmitglied.

Oft werden aber die Bedürfnisse der Tiere durch ihre Halterinnen und Halter unabsichtlich nicht erkannt. Es kommt zu Schwierigkeiten im Zusammenleben. Dann müssen die Tiere leider im Tierheim abgegeben werden. Im Frühjahr 2021 wurde ein Tierbetreuungsvertrag zwischen dem „Tierheim Berta Bruch“ und dem Regionalverband Saarbrücken geschlossen. Die damals vereinbarten Zuschüsse reichen heute aufgrund der enorm gestiegenen Tierarzt-, Energie- und Tiernahrungskosten nicht aus.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für eine einjährige Hundesteuerermäßigung von Hunden aus Tierheimen,
- für eine Hundesteuerermäßigung von Hunden, die an einer bestandenen Begleithundeprüfung und/oder Fährtenhundeproofung /Schutzhundeprüfung des VDH teilgenommen haben. Der Nachweis ist jährlich zu erbringen,
- für eine Chip-Pflicht aller Hunde und Katzen,
- für eine auskömmliche, faire Finanzierung des Tierheimes Berta Bruch seitens der Städte und Gemeinden im Regionalverband Saarbrücken bzw. Bezuschussung von einer notwendigen Tierheimsanierung,
- für die Einführung eines kommunalen Tierschutzpreises für ehrenamtliches Tierschutz-Engagement.



Sport im Regionalverband:

Effektive Förderung im Breiten- und im Spitzensport!

DIE LINKE fordert ein neues Gesamtkonzept für die Sportförderung. Schwimmbäder und Schwimmunterricht sind für die Gesundheitsprävention unerlässlich. Immer weniger Kinder können schwimmen, was ein Sicherheitsrisiko darstellt. Die Bäder sollen in eine Landesgesellschaft überführt werden. Der Unterhalt und die Personalkosten müssen vom Land getragen werden. Die Einstellung und Führung des Personals bleiben bei den Kommunen.

Die alleinige Ausrichtung auf Titel, finanziert vielerorts durch große Konzerne und potente private Geldgeber, dürfen für die Zukunft nur eine Möglichkeit im Sport darstellen. In den letzten Jahren häufen sich die Meldungen, dass nach dem Rückzug diverser Sponsoren manche Vereine in sich zusammenfallen. Sportange-

bote auch durch die Schulen müssen deshalb verstärkt werden. Der Sport muss wieder einen starken Vorbildcharakter haben, auch im Kampf gegen Drogenkonsum, Übergewicht und übermäßigem Gebrauch von elektronischen Medien. Die Gebühren bei der Nutzung von Hallen- und Sportplätzen müssen gesenkt und nicht erhöht werden. Dies ist eine der Möglichkeiten, den Breitensport zu fördern und nebenbei auch Gesundheitsvorsorge zu betreiben.

Viele Vereine können kaum noch die Neben- und Unterhaltungskosten ihrer Sportanlagen bezahlen. Der Breitensport braucht hier eine stärkere finanzielle Unterstützung. Eine Nutzung von Turnhallen als Notunterkunft muss auf das absolut Notwendige begrenzt werden und darf kein Dauerzustand sein.



Konkret leben und ausbauen, über den Wahltag hinaus!



Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss ausgebaut werden, damit die Menschen mehr in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Das Saarland hat hier hohen Nachholbedarf. Es ist Schlusslicht aller Bundesländer bei der Anwendung von Mitteln der direkten Demokratie.

Die Orts- und Bezirksräte sind Schnittstellen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und der Verwaltung der Kommune. Deshalb müssen ihre Rechte und Möglichkeiten in den Gemeinden des Regionalverbands deutlich ausgeweitet werden, um der zunehmenden Unzufriedenheit mit den Verwaltungen entgegenzutreten.

Der Regionalverband Saarbrücken und die Gemeinden im Lothringer Grenzraum müssen die Nachteile ihrer nationalen Randlage gemeinsam überwinden. Dazu braucht es mehr grenzüberschreitende Kooperationen.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Städten und Gemeinden zu Themen, die die Menschen vor Ort betreffen,
- für die Vereinfachung der Regularien bei Einwohnerfragestunden und die Anhörung von Bürgerinnen und Bürger als Sachverständige in Ausschüssen,
- für mehr finanzielle Mittel zur Unterstützung von Vereinen und Verbänden und generell dem gesellschaftlichen und sozialen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern,
- für eine angemessene Berücksichtigung der Forderungen aus den Orts- und Bezirksräten für den Haushalt der Kommune,
- für die Sicherung und Schaffung von Beziehungen im Grenzraum, wie im kulturellen Bereich („Warndt-Weekend“) und im Bildungsbereich (zweisprachige Kitas) und mehr Möglichkeiten des Besuches von Bildungseinrichtungen des Nachbarn.

DIE LINKE bekämpft jede Form von Rassismus, Antisemitismus und religiös motivierten Fundamentalismus. Eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien wird mit der LINKEN auch auf kommunaler Ebene nicht stattfinden.

Sicherheit im Regionalverband:

Den kommunalen Ordnungsdienst ausbauen statt nur Knöllchen verteilen!

Das Unsicherheitsgefühl vieler Menschen nimmt zu. Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen ebenfalls. Die Polizei ist nicht in der Lage, diesem verstärkten Sicherheitsbedürfnis und den Problemen gerecht zu werden. Dazu fehlen ihr die notwendigen Kräfte. In dieser Situation muss der kommunale Ordnungsdienst, als „Stadtpolizei“ sichtbar zusätzlich Präsenz vor Ort zeigen, Streit schlichten und als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Konkret werden wir uns einsetzen:

- für den Aufbau und Ausbau eines kommunalen Ordnungsdienstes, einer „Stadtpolizei“, insbesondere in Stadtteilen und Gemeinden sowie in Schwimmbädern mit erhöhtem Sicherheitsbedarf,
- für eine deutliche Verbesserung der Fort- und Ausbildung kommunaler Sicherheitskräfte,
- für mehr Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnenstellen in den Brennpunkten der Kommunen,
- für die Entwicklung von Konzepten, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den Gemeinden organisiert.



Finanzen des Regionalverbandes

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles Nichts!

Die Unterfinanzierung der Kommunen führt dazu, dass oft nur noch der Mangel verwaltet wird. Selbst Pflichtaufgaben können lediglich bedingt realisiert werden. Kindertagesstätten und Schulen, der öffentliche Nahverkehr, Wasserversorgung, Kultur und Sport, Feuerwehr, Straßen und Radwege usw. gehören in ihren Aufgabenbereich und zur öffentlichen Daseinsvorsorge unserer Kommunen.

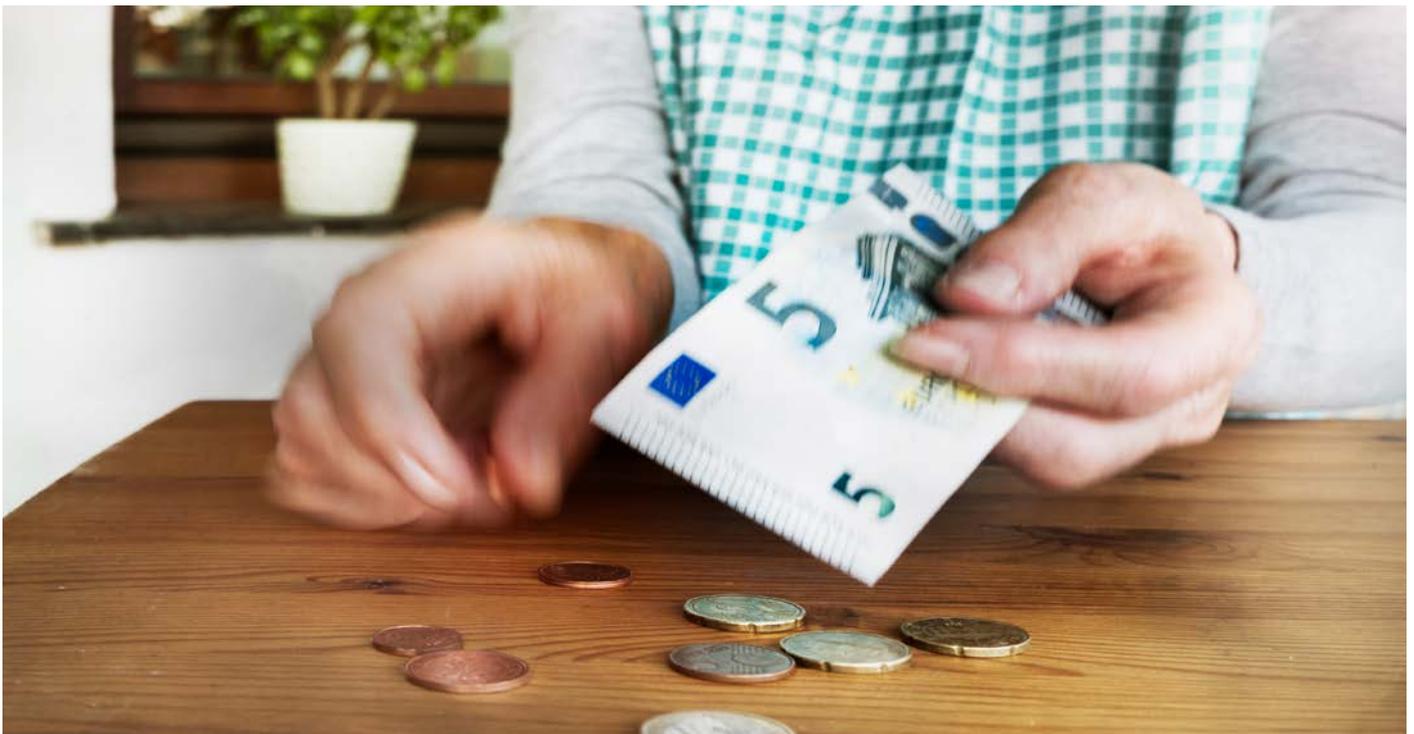
Die vom Land verordnete kommunale Schuldenbremse löst trotz aller Sparanstrengungen die Verschuldung der Kommunen nicht. Von Bund und Land übertragene Aufgaben belasten die Haushalte zusätzlich, ohne deren Finanzierung sicherzustellen. Dies führt zu einem besorgniserregenden Stau bei den Investitionen in die Infrastruktur (Schulgebäude, kommunaler Wohnungsbestand, Straßen, Kanäle, Wasserversorgung usw.) und die Zukunftsfähigkeit.

Gefordert ist strikte Einhaltung der Konnexität (wer bestellt, bezahlt).

Der kommunale Einnahmenanteil am Gesamtsteueraufkommen muss angehoben werden. Die derzeit wichtigste kommunale Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Als eine der wichtigsten Quellen, soll sie zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden, in die auch die freien Berufe einbezogen werden. Die von Bund wie Land seit Jahren versprochene Gemeindefinanzreform muss endlich kommen. Ein Altschuldenfonds und die Übernahme aller Sozialleistungen durch den Bund sind weitere Voraussetzungen.

Unsere zentrale Forderung lautet:

Entschuldung der kommunalen Haushalte durch den Bund. Nur so können notwendige Investitionen im Regionalverband Saarbrücken und in seinen Städten und Gemeinden getätigt werden.



DIE LINKE Kreisverband Saarbrücken
Lebacher Str. 91, 66113 Saarbrücken
E-Mail: info@dielinke-saarbruecken.de
V.i.S.d.P.: Manfred Klasen

www.dielinke-saarbruecken.de